

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Wiedrichs Dresden
Bismarck-Str. 10
Kunstdruckerei: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-L. 1, Wartenbergstr. 24/28

Bezugspreis vom 15. bis 20. Juni 1929 bei gleichzeitiger Bestellung für Juni 1,70 Mk.
Bezugspreis für Monat Juni 1,40 Mk. einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Verlagsgebühren).
Einzelnummern 10 Pfg. Kuponpreis 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Kleinanzeige
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühren 30 Pfg. Kupongebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Kreyß & Reichardt,
Dresden, Volkshof-Str. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unberichtigte
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Brennabor der deutsche
Qualitätswagen
Dresden-N.
Bautzener Straße 22
Tel. 56448/9

Arthur Anders & Co.
Automobile u. Reparaturwerkstatt

Hupfeld Phonola
Tri-Phonola
das vollkommenste
Kunstspiel-Instrument

Waisenhausstraße 24 Rönischsaal

Erstklassige
Reise-Koffer
Schrank-Koffer
sämmtliche
Reiseartikel

ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26

Der Handelsvertrag mit Schweden gekündigt

Die Agrarzölle müssen erhöht werden - Sofortige Neuverhandlung angeboten

Anzulängliche Hilfe für die Landwirtschaft

Ein entscheidender Schritt

Berlin, 26. Juni. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der deutsch-schwedische Handelsvertrag von der deutschen Regierung am 15. Februar 1929 gekündigt worden. Wie es in der deutschen Note, die der schwedischen Regierung ausgereicht worden ist, heißt, erfolgte die Kündigung in Anbetracht der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft, um höhere Zölle für gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse zu ermöglichen. Gleichzeitig wird in der Note die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung mitgeteilt, sofort in neue Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Handelsvertrags einzutreten. Da der schwedische Reichstag im Januar 1929 wieder zusammentrat, wäre die Möglichkeit zur Ratifizierung eines in der Zwischenzeit abgeschlossenen Abkommens gegeben, ohne daß ein vertragsloser Zustand eintritt.

Die deutsche Note ist, wie hinzugefügt werden muß, in überaus freundlicher Form gehalten und läßt klar erkennen, daß die deutsche Regierung alles zu tun bereit ist, um die deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen auch in Zukunft so günstig wie möglich zu gestalten.

Was ist für die Landwirtschaft erreicht worden?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)
Berlin, 26. Juni. Die Erledigung der landwirtschaftlichen Anträge in der heutigen Sitzung des Reichstages ist im wesentlichen so erfolgt, wie es die Kompromissanträge des handelspolitischen und volkswirtschaftlichen Ausschusses vorsehen. Dabei sind bereits an den landwirtschaftlichen Forderungen ganz erhebliche Vorstöße gemacht worden. Man ist in den Kreisen der Landwirtschaft mit der Regelung, wie sie hinsichtlich von Butter, Zucker und Kartoffeln getroffen wurde, einigermaßen zufrieden.

Gewiß müßte ein vollständiger Schutz der deutschen Agrarproduktion auch auf diesen Gebieten anders aussehen, aber die jetzt zustande gekommene Regelung kann wenigstens als ein erster Schritt zu einem tatsächlichen Schutze angesehen werden. Sehr unzufrieden ist man dagegen in der Landwirtschaft darüber, daß das Gefrierfleischkontingent festbleibt, und daß in Bezug auf die anderen Vieh- und Fleischzölle die Regelung verhängt worden ist.

Nachdem in der ganzen Welt seit der Nachkriegszeit allerdings die deutsche Landwirtschaft immer eine sehr kümmerliche Behandlung erfahren hat, und beim Abschluss der Handelsverträge meist der Leidtragende war, läßt sich eine grundlegende Besserung schwer von heute auf morgen durchführen. Der Schutze eines wirksamen lückelosen Zollschutzes für die landwirtschaftliche Produktion gegenüber der Auslandskonkurrenz stehen die Handelsverträge für fast alle Agrarprodukte entgegen. Zum ersten Male ist es jetzt gelungen, dieses für die Landwirtschaft schädliche Vertragsystem abzuändern durch

Kündigung des schwedischen Handelsvertrags

mit dem Ziele, entweder hinreichende Vertragszölle für Getreide, Vieh, Fleisch, Speck und Schmalz zu vereinbaren oder die diesbezüglichen Bindungen aus dem Vertrag herauszunehmen und dadurch die Bahn freizuhalten für auskömmliche autonome Zollsätze.

Die mit Finnland eröffneten Verhandlungen werden zu einem beschleunigten Abschluß gebracht werden müssen. Die im finnischen Handelsvertrag festgelegten Zollsätze für Butter, Quark und andere milchwirtschaftliche Produkte müssen im Wege der Verhandlungen erhöht oder durch Aufkündigung des Vertrages für die autonome Heraushebung der Zollsätze der Weiz freigemacht werden.

Mit den sämtlichen übrigen Vertragsländern, denen gegenüber wir Bindungen für wichtige Erzeugnisse eingegangen sind, wird, wenn ein tatsächlicher Schutz der deutschen Landwirtschaft erreicht werden soll, wegen Lösung dieser Bindungen in Verhandlungen getreten werden müssen. Betrachtet man nun, was durch die vom Reichstage endgültig zu beschließende Hilfsaktion für die deutsche Landwirtschaft erreicht werden wird, so ergibt sich im einzelnen folgendes Bild:

Eines der Hauptprodukte der deutschen Landwirtschaft bildet die Kartoffel. Der Hauptteil der deutschen Frühkartoffelernte kommt in Deutschland nach der klimatischen Lage der Erzeugungsbetriebe, erst gegen Ende Juli, in der Hauptsache aber erst im August auf den Markt. Da bisher jedoch der Zoll für Frühkartoffeln bereits Ende Juli außer Kraft trat, konnte das klimatisch bevorzugte Ausland mit seiner Einfuhr den deutschen Markt derartig über-

für die deutschen Frühkartoffeln die Preislage bereits unter die Rentabilität gedrückt war.

Diese Schwemme auf dem Frühkartoffelmarkt wirkte sich bisher stets auch auf den Herbstkartoffelmarkt aus, so daß durch die Verlängerung der Geltungsdauer des Frühkartoffelzolls auch für den Herbstkartoffelmarkt eine wesentliche Entlastung erzielt wird. Die Heraushebung des Herbstkartoffelzolls von einer Mark auf zwei Mark bedeutet für den deutschen Kartoffelbau die Angleichung des autonomen Zolls an den bisher nur Polen gegenüber geltenden Kompzoll. Damit ist auch für die Zukunft dem deutschen Herbstkartoffelbau der notwendige Schutz gegenüber den billiger produzierenden Distanzen gesichert.

Was die Lage auf dem Zuckermarkt betrifft, so hat das Ausland vor der letzten Zuderzollerhöhung im Dezember 1928 noch größere Mengen Zucker nach Deutschland eingeführt. Hierdurch ist eine

Überfüllung am deutschen Zuckermarkt

entstanden, die es bisher trotz Entlastung des Binnenmarktes durch Exporte zu Verlustpreisen nicht ermöglicht hat, die im Zuderzollgesetz vom Dezember 1928 vorgesehene Preisgrenze von 21 Mark zu erreichen. Durch die Aufhebung der Zudersteuer für diejenigen Zudermengen, die zur Viehfütterung gelangen (Bienen), ist die Möglichkeit geschaffen worden, die überschüssigen, den heimischen Markt belastenden Zudermengen durch Verfütterung zu verwerten und damit der Schwemme wirksam zu begegnen. Die Erhöhung des Zuderpreises von 21 Mark auf 22,35 Mark ermöglicht es außerdem, die Inlandspreise bis zu dieser Preisgrenze zu erhöhen. Daraus ergeben sich Mehrerlöse bis zu 3 Mark, das ist gleich etwa 15 Prozent pro Zentner Zucker.

Durch die Erhöhung des Butterzolls auf 50 Mark wird der Landwirtschaft eine Milchverwertung gesichert, die um etwa 1,5 Pfennig pro Liter gegenüber den bisherigen Möglichkeiten höher liegt. Außerdem wird durch die hiermit verbundene Drosselung der überschüssigen Einfuhren der Absatz für die deutsche Produktion erweitert. Was die Maßnahmen für die Viehwirtschaft betrifft, so wäre durch die veterinär-polizeilichen Maßnahmen in Verbindung mit den nach Ablauf der Kündigungsfrist des schwedischen Handelsvertrags zu erwartenden Zollerhöhungen für Vieh und Fleisch, der Preisdruck auf den Rindermarkt durch Drosselung der ausländischen Dumpingimporte stark gemindert, vielleicht sogar völlig beseitigt und

die Behebung der Verluste von etwa 350 Millionen Mark für die Rinderwirtschaft wäre abtrotz gesichert, wenn die Befestigung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gelungen wäre.

Diese ist jedoch nicht gelungen, und in diesem Punkte ist den Interessen der deutschen Landwirtschaft nicht entsprochen worden. Hier bleibt die Lage für die Landwirtschaft nach wie vor ernst. Das gleiche gilt in Bezug auf den Getreidemarkt, wo nur durch eine umfassende, monopolartige Regelung ein wirklicher Schutz für die deutsche Getreidewirtschaft zu erzielen wäre. Von Seiten der Mittelparteien und des in seiner Haltung schließlich ausschlaggebenden Zentrums ist jedoch das Zustandekommen eines Monopolplans verhindert worden.

Die Landwirtschaft ist ihrerseits in keiner Weise für ein Monopol begeistert, aber sie hat klar erkannt, daß jede andere Regelung, die sie nur auf Teilmaßnahmen beschränkt, keine wirksame Hilfe bringen kann.

Angeichts der im Herbst bevorstehenden Überschwemmung des Weltmarktes mit amerikanischem Getreide muß die Lage für die deutsche Getreidewirtschaft als ernst bezeichnet werden. Von den Sicherungen, die von landwirtschaftlicher Seite gefordert wurden, sind etwa zwei Drittel festgelegt. Außerdem beziehen sich die nun zustande gekommenen Sicherungen nur auf Weizen, während für den Roggen überhaupt nichts geschieht. Wen also auch das Hilfswerk für die Landwirtschaft reichlich unvollkommen ist, so ergibt sich aber trotz seiner Dürftigkeit nach den von landwirtschaftlichen Sachverständigen vorgenommenen Berechnungen, daß schon durch dieses unvollkommene Hilfswerk für die Landwirtschaft

das Defizit der gesamtlandwirtschaftlichen Produktion in Deutschland um etwa 500 Millionen Mark gemildert werden kann.

Bisher hat die deutsche Landwirtschaft mit einem jährlichen Verlust von 1,5 Milliarden Mark pro Jahr arbeiten müssen. Durch die jetzt vorgesehene Schutzmaßnahmen läßt es sich erreichen, daß dieses Defizit auf rund eine Milliarde gesenkt werden kann, ein schlagender Beweis dafür, wie notwendig einmal die deutsche Landwirtschaft ausreichende Schutzmaßnahmen braucht, und zum andern dafür, daß die deutsche Landwirtschaft bei Vorhandensein ausreichender Schutzmaßnahmen in der Lage ist, die deutsche Handelsbilanz wesentlich zu verbessern.

(Reichstagsbericht Seite 5)

Die wichtigste Aufgabe

In diesen Tagen ist wieder viel von der Kriegsschuldfrage die Rede im Zusammenhang mit dem morgigen Gedentag, an dem sich die Unterzeichnung des Versailleser Vertrages zum zehntenmal jährt. Mit gefühlsmäßiger Sicherheit wird aus dem ganzen Vertragstext mit seinen tausend Bestimmungen, von denen jede einzelne ein Glied ist an der Kette, die uns festhält, der Paragraph wieder herausgegriffen, der die Kette schließt. Vieles von dem Unmenschlichen, was Versailles uns auferlegt, ist inzwischen erfüllt worden, manches innerlich überwunden, aber gegen jenes abgepreßte Schuldgeständnis, das Deutschland allein verantwortlich macht für den Krieg und seine Leiden, empört sich das deutsche Volk mit der Kraft der Verzweiflung. Nicht ruhen will es, nicht rasten, bis diese größte Lüge aus der Weltgeschichte getilgt ist.

Aber auch in die Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage, die dem Volkstrauertag am 28. Juni ein Echo geben soll in aller Welt, mischt sich schrill der Mißklang des Parteihaders. Nicht einmal in diesem Kampf können wir — es ist traurig, das feststellen zu müssen, — geschlossen auftreten vor dem Ausland. Und zwar nicht deshalb, weil wir uns uneins wären über den Kern der Frage. Es gibt freilich Dasser alles Deutschtums, die aus reiner Selbsterlebenslust opponieren, die Leute um die „Deutsche Friedensgesellschaft“ a. B., die heute eine Kundgebung für Versailles und für die Kriegsschuldfrage veranstalten. Eine verschwindend kleine Gruppe, für die jeder wahre Deutsche nur Verachtung übrig hat. Aber sonst ist die Front doch geschlossen von rechts bis links in der Zurückweisung der Behauptung von der deutschen Alleinschuld am Kriege. Die Gewißheit, die wir von Anfang an zu innerlich in uns gefühlt haben, ist durch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zur geschichtlich abgekämpften Tatsache geworden. Darüber herrscht in Deutschland kein Zweifel mehr. Und trotzdem darf es zu keiner gemeinsamen Bekundung des Protestes kommen, trotzdem tritt die heillose Zersplitterung auch bei dieser volkswichtigen Gelegenheit wieder kraß zutage, weil die Parteilucht es so will. Die Linke wittert Propagandaabsichten der Rechten, und das ist ihr Grund genug, die Sache, um die es sich handelt, eine nationale Angelegenheit aller, die deutsch sprechen, zu schädigen. Die Schwarzweißer, die Schwarzrotgoldenen, die Regierung, alles tritt gesondert auf und bemüht sich, Nuancen in die Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage hineinzulegen, die erst gesamt werden müssen. Es ist ein Bild des Jammers sondergleichen. Und natürlich werden in dem Drang nach Untercheidung die Gegensätze überspielt. Eine Klust tut sich auf zwischen jenen, welche die Kriegsschuldfrage zum Angelpunkt der ganzen deutschen Politik machen wollen, und den anderen, die sie am liebsten in die Stuben der Gelehrten einsperren und aus der praktischen Politik überhaupt ausgeschaltet wissen möchten.

Auch die etwas bagatelmäßige Behandlung, die der Reichsaussenminister dem Kriegsschuldproblem in seiner Reichstagsrede am Montag zuteil werden ließ, entspricht nicht dem Ernst der Sache. Gewiß hat er recht mit dem Hinweis, daß unsere Leiden in der Hauptsache Folgen des verlorenen Krieges sind, und daß es ein Irrwahn sei, zu glauben, alles wäre wieder gut und in besserer Ordnung, wenn wir nur die Befestigung des Schuldparagraphen erreicht hätten. In solche Illusionen wollen wir uns nicht wiegen. Wir wissen nur zu gut, daß trotz aller Redensarten vom Sieg des Rechtes, die heute in der Welt im Schwange sind, immer noch die in Geldsacken und Kanonen verführte Macht der Motor des Weltbetriebes ist, und daß wir so lange das Objekt der Weltgeschichte sein werden, als diese Macht ausschließlich auf der anderen Seite ist. Aber ebenso gewiß gibt es doch auch moralische Kräfte, die in die realen eingreifen, die sie vorwärtsstreben und zuweilen auch hemmen. Unsichtbar ist ihr Wirken, aber ungeheuer ihr Antrieb. Und der stärkste, der einzige moralische Unterbau der Zwingsburg, die man über Deutschland ausgerichtet hat, bleibt doch die Lüge von der deutschen Kriegsschuld. Nicht umsonst greift Poincaré bei jeder Gelegenheit mit eiserner Stirn darauf zurück, obwohl gerade er als Hauptkriegsschuldiger sich damit auf gefährlichen Boden begibt. Da sollte gerade ein Staatsmann wie Stresemann, der mit Recht so viel Wert auf die Impponderabilität im Treiben der Weltpolitik legt, nicht aus innerpolitischen Gründen das schwere Gewicht verkennen, mit dem uns die Kriegsschuldfrage an den Block modern-kapita-